

Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Verantwortlicher Hr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landpreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 272.

Herford, Freitag, den 19. November 1920

38. Jahrgang.

Der Kampf ums Denkmal.

Tschechische Soldateska-Politik.

Aus führenden Kreisen der deutschen Nationalsozialisten wird uns aus Prag eine Erklärung über die neuesten Zwischenfälle in der tschechoslowakischen Politik zugeandt, die allgemeine Aufmerksamkeit verdient.

Die tschechoslowakische Republik ist nach dem Willen der Schöpfer des Friedens von St. Germain ein Nationalitätenstaat geworden, in dem neben sechsundsiebzig Millionen Tschechen noch sieben Millionen anderssprachige Nationen leben. Fast vier Millionen Deutsche wohnen in diesem Staate und zwar in Deutsch-Böhmen, Schlesien, Nord- und Süd-Mähren und dem Böhmer Wald in kompakten Massen, während noch zahllose kleine Sprachinseln in Böhmen, Mähren und in der Slowakei sich finden. Die Deutschen haben eine hohe Kultur und eine stark entwickelte Wirtschaft, jedoch die von ihnen bewohnten Teile der tschechoslowakischen Republik zu der wertvollsten Beute gehören, die die Tschechen nach dem Verfall Oesterreichs nach Hause brachten.

Seit nun der tschechische Imperialismus die Macht an sich gerissen hat, werden die Deutschen in der Tschechoslowakei auf das schmerzhafteste drangsalieren und in ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Leben bedroht. Fast 1500 Schulklassen hat man ihnen auf Grund eines Schulverordnungsgebotes gesperrt, ihre Industrie wird schikaniert, durch Zwangsgehalte und Sperre der Grenzen ernstlich gefährdet, der Wohlstand der Deutschen durch die teilweise Nichtanerkennung der österreichischen Kriegsanleihe um fast vier Milliarden Kronen gebracht. Ein Bodenreformgesetz soll den deutschen Grundbesitz aufheben, nicht aber um ihn den deutschen Landarbeitern, sondern um ihn den tschechischen Legionären zugunsten zuwenden. So wird jedes Gesetz von der künftigen Mehrheit dieses sonderbaren Parlamentes ein Gesetz gegen die Deutschen.

Erst seit sechs Monaten besitzt die Tschechoslowakei ein gewähltes Parlament. Mehr als ein Jahr hat ein Revolutionärsausschuss die Republik beherrscht, in dem nicht ein Vertreter der deutschen oder ungarischen Bevölkerung anwesend war. Dieses rein tschechische Parlament hat alle diese deutschfeindlichen Gesetze (etwa 1200) beschlossen.

Seit Einzug der Deutschen und Ungarn in die tschechoslowakische Nationalitätenversammlung nach den Wahlen im April 1920 haben diese sich ernstlich bemüht, ein Zusammenleben der Völker in diesem Staate zu ermöglichen und waren bereit, an der Gesetzgebung werktätig teilzunehmen.

In diesen Bestrebungen wurden sie aber dadurch gehindert, daß die Tschechen, gestützt auf eine brutale Geschäftsordnung, von den rechtsstehenden tschechischen Nationaldemokraten und Klerikalen bis zu den Sozialdemokraten weiter fortführen, mit einem durch eine mehrwöchige Wahlordnung (die die Deutschen um etwa 15 Mandate betrug) geschaffenen künstlichen Mehrheit zu überstimmen. Von völliger politischer Rechtlosigkeit ist das Deutschtum hier bedroht.

Nun ändert naturgemäß auch die parlamentarische Vertretung der Deutschen ihre Taktik. Den ersten äußeren Anlaß gab eine mehrwöchige Gewalttat der Legionäre, die in der deutschen Kurstadt Teplice das herrliche Denkmal Joseph II., das die Meißnerhand Fr. Meißners schuf, beseitigen und in diesem Vorhaben von der Regierung nicht gehindert wurden. Ganz Deutsch-Böhmen empfindet diese Tat als eine Schmach — handelt es sich doch um jenes Denkmal, das man Joseph II. als einen freiwillig und sozial denkenden Deutschen errichtete, der es zum ersten Male wagte, gegen die Herrschaft des Klerus und gegen die Roboter (Hörsen) der Bauern aufzutreten. Darüber hinaus bedeutet das zynische Zusehen der Regierung bei der Vernichtung dieses Kunstwerkes, das in seinen gigantischen Formen jeden Beschauer in Bann schlägt, einen unerhörten Eingriff in die Rechte der Gemeindeautonomie. Die Regierung gab nun durch den Ministerpräsidenten Gerny am 9. November dieses Jahres eine Erklärung ab, in der sie das Vorgehen der tschechischen Legionäre bemängelt und beschönigen wollte. In jenseitiger Art behandelte er das Thema und als nach Schluß seiner Rede die tschechische Mehrheit neuerdings ihrer Regierung die Zustimmung ausdrückte, lehnten die Deutschen mit der technischen Obstruktion ein, durch die sie ein Weiterverhandeln unmöglich machten. Die deutschen Nationalsozialisten Abg. Jung, Rind, Jung und Hans Anrich wurden daraufhin, wegen Verletzung der Verhandlungen, nach Paragraph 52 der Geschäftsordnung auf fünf Sitzungen ausgeschlossen, wogegen neuerlich der ganze parlamentarische Verband der deutschen Abgeordneten stürmisch Protest erhob. Die Tagung wurde unter ungeheuren Lärm bis spät in die Nacht hinein fortgesetzt und mußte hierauf geschlossen werden.

Dieses Ereignis ist allerdings nur ein Auftakt zu einer großen Aktion der Deutschen, die die Tschechen zwingen wollen, mit ihnen wegen Einräumung von nationalpolitischen Rechten zu verhandeln. Das Josephsdenkmal ist nicht mehr als ein Anlaß zu dieser Auseinandersetzung, die kommen muß, soll das Deutschtum in der Tschechoslowakei nicht furchtbar leiden. Die Forderung der Deutschen nach Selbstverwaltung ihrer Bezirke, nach eigener Schul- und Kulturgebung, nach Verlegung ihrer Hochschulen aus der fremden Hauptstadt Prag in die deutsche Provinz — das sind die nächsten Ziele in diesem Kampfe. Wie er enden wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Daß aber von dem Ausgang dieses Kampfes das Schicksal der Deutschen in der tschechoslowakischen Republik abhängt, darüber darf niemand ein Zweifel sein.

Wie es sich die Lage inzwischen gestaltet hat, beweisen folgende Nachrichten, aus denen klar hervorgeht, mit welcher brutaler

Das Neueste vom Tage.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands verlangt in einem offenen Brief an den Reichskanzler eine einwandfreie Erklärung über die Stellung der Reichsregierung zur Sozialisierung des Bergbaus.

Am Donnerstag traten im Reichsarbeitsministerium Vertreter der Landesbehörden zur ersten Reichsriedlungskonferenz zusammen.

Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Dr. Simon sind von ihrer Rheinlandreise gestern nach Berlin zurückgekehrt.

Gestern sind in Köln die Vorstände des deutschen und des preussischen Städtetages zur Besprechung zusammengetreten.

Venezelos ist nach Nizza abgereist. Das neue Kabinett Raths hat sich konstituiert.

In England sowohl, als auch in Frankreich ist man von dem Wahlausfall in Griechenland unangenehm überrascht.

Die russische Sowjetregierung erkannte bei den Verhandlungen in London alle privaten Schulden gegenüber England an. Das englische Kabinett beschloß, die Verhandlungen mit Krasin fortzusetzen.

Zwischen Türken und Bolschewisten hat sich scheinbar eine enge Verbindung herausgebildet, denn bolschewistische Agenten reisen mit Kemal Paschas Zustimmung in Anatolien umher.

In Indien hat sich die Lage in den letzten Tagen außerordentlich zugespitzt. Es mußten viele Verhaftungen vorgenommen werden.

Freiheit die tschechische Soldateska gegen unsere deutschen Brüder wütet.

Wien, 18. Nov. Aus Prag wird gemeldet: Die Behörden haben die Gewalt über die Straße vollständig verloren. Polizei und Gendarmerie waren außerstande, die Ruhe ohne Unterbrechungen wieder herzustellen. Am Mittwoch Rinz kam es zu Demonstrationen, wobei einige Demonstranten erheblich verletzt wurden. Wie gemeldet wird, will Präsident Masaryk, der immerhin das Element der Ruhe in diesen Ereignissen darstellt, zurücktreten und Kramarsch Platz machen, dem die Nationalisten zustimmen. Angeblich sollen die Nationaldemokraten sich mit den Legionären verbündet haben, um die Regierung zu stürzen. Die deutsche Partei hatte gestern Abend wieder mit Masaryk Verhandlungen, ohne aber mehr als die üblichen nichtssagenden Zusagen zu erhalten, daß zur Wiederherstellung der Ruhe das Mögliche getan werde. Wie ferner mitgeteilt wird, haben auch die Vertreter der diplomatischen Missionen in Prag bei Masaryk vorgesprochen und ihm nahegelegt, weitere Aufstrebungen zu verhindern.

Wien, 18. Nov. Aus Prag wird gemeldet: Bis heute mittag sind Aufstrebungen nicht gemeldet worden. Die Regierung hat zuverlässige Heeresabteilungen zusammengezogen und in die Vorstädte gelegt. Sie sendet fliegende Abteilungen mit Automobilen durch die Straßen. Die Zeitungen von heute morgen mahnen zur Ruhe, wie man annimmt, unter dem Druck der Ententekommissionen. Auch aus den deutsch-böhmischen Städten liegen keine neuen Unruhenberichte vor. Es wird nur bekannt, daß gestern Abend auch in Frankfurt Zusammenkünfte zwischen der Bevölkerung und den Legionären stattgefunden haben. Der Ministerpräsident hat Vertretern des deutschen parlamentarischen Verbandes zugesichert, daß der den Deutschen zugefügte Schaden vom Staate ersetzt wird. Die Theaterfrage soll in der Weise gelöst werden, daß an zwei Tagen in deutscher Sprache, an vier Tagen in tschechischer Sprache gespielt wird. Goffentlich gelingt es, die Bühne, auf der einstmal Mozart und Weber dirigierten und die Neumann durch seine Wagneraufführungen zu einer der bedeutendsten deutschen Kulturstätten machte, dem Deutschtum ganz zu erhalten und den tschechischen Anschlag abzuwehren. In Wien haben die Vereine der Studenten-Deutschen eine Erklärung beschlossen, in der sie der Erwartung Ausdruck geben, daß die vier Millionen starke deutsche Bevölkerung in Böhmen die unerträgliche Bedrückung durch die Tschechen nicht länger dulden werde.

tu, Prag, 19. Nov. (Eig. Draht.) Zu blutigen Zusammenstößen kam es in der Nacht zum 18. November in Mähren zwischen Legionären und Zivilisten. Es wurden drei Personen getötet und fünfzehn verwundet. Die Ursache zu diesen Ausschreitungen war die Beseitigung des Denkmals Joseph II., welches die Legionäre gestürzt hatten. Die deutschen Bürger haben dann das Denkmal wieder aufgestellt.

Wt. Plauen, 18. Nov. In der böhmischen Grenzstadt Mäh führten in der vergangenen Nacht tschechische Legionäre das Josephsdenkmal um. Die durch Sturmkläuten alarmierte Bevölkerung richtete das Denkmal unter nationalen Kundgebungen wieder auf. Dabei kam es zu einem Kampf, wobei eine Person getötet und 23 verletzt wurden, darunter 7 jehmer.

Die Beamten-Bewegung.

Die Beamtenchaft im Industriegebiet fordert, wie uns aus Dortmund gemeldet wird, eine sofortige Erhöhung der Feuerungszulagen um 50 bis 75 Prozent. Da bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte, beabsichtigt die ganze Beamtenchaft am Sonnabend oder am Sonntag in den Ausfall zu treten, falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine bindende Zusage seitens des Reichsfinanzministers erfolgt ist.

Unter der Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets herrscht große Beunruhigung, da man beim Einsetzen eines Beamtenstreiks einerseits Putsche, andererseits den Einmarsch der Franzosen befürchtet, weil durch die Störung des Verkehrs die Erfüllung der Bedingungen des Abkommens von Spaa unmöglich gemacht werden würde.

Im Zusammenhang hiermit ist folgende Nachricht aus Berlin bemerkenswert:

Unter dem Vorbehalt des preussischen Finanzministers Büdemann haben dieser Tage neue Besprechungen über die Frage der Beamtenbefoldungsvorlage stattgefunden. Dabei wurden, wie die Voss. Zig. erfährt, in den wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt, so daß man nunmehr die schnelle Verabschiedung des Beamtenbefoldungsgesetzes erwarten darf.

Wir können uns nicht denken, daß die Beamtenchaft im Industriegebiet zu dem furchtbaren Mittel des Streiks greifen wird. Die Verantwortung für einen solchen Schritt wäre von Niemand zu tragen.

Landarbeiterstreik in Pommern.

tu, Stettin, 19. Nov. (Eig. Draht.) Gestern mittag sind im ganzen Regierungsbezirk Stralund einschließlich der Insel Rügen die Landarbeiter in den Streik getreten. Der Ausfall ist zurückzuführen auf eine Entscheidung des Amtsgerichts in Greifswald, in der Arbeiterentlassungen als rechtmäßig anerkannt wurden.

Die Landarbeiter in Pommern schlagen ohne Frage jeden Streikfeind in Deutschland. Die geringste Veranlassung genügt für sie, um die Arbeit hinzuerwerfen. Wann kommt endlich die Schlichtungsordnung?

Die Kapitalverschiebungen.

Die Geschäfte des Bankhauses Grunert, Philipson u. Co.

Die großen Kapitalverschiebungen, die dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller Anlaß zu einer Interpellation an die Reichsregierung gegeben haben, werden, wie wir hören, voraussichtlich am Sonnabend im Reichstage erörtert werden. Es heißt, daß das Finanzministerium sich sofort zur Beantwortung der Interpellation bereit erklären wird.

Das Bankhaus, das die Verschiebungen von deutschem Kapital nach dem Auslande vorgenommen haben soll, ist die Bankfirma Grunert, Philipson u. Co. in Amsterdam, die seit etwa einem Jahre eine Filiale in der Budapester Straße 1, an der Ecke der Vossstraße, in Berlin unterhielt. Die Zweigniederlassung ist am 15. November 1919 eröffnet worden und bestand sich seit einigen Wochen bereits wieder in Liquidation. Zu den Kunden der Firma gehörten außer zahlreichen Großindustriellen aus dem ganzen Reich auch Mitglieder fürstlicher und adliger Familien. Auch eine Anzahl von hohen-jollern-Prinzen — angeblich nicht der Kaiser — und prominente Mitglieder des früheren Hofstaates gehörten zu den Kunden des Bankhauses. Unter einem Decknamen soll auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkrieg ein großes Depot in der Bank unterhalten haben.

Die Geschäfte der Firma sollen einen außerordentlich großen Umfang gehabt haben. Es handelt sich, wie bereits gemeldet, insgesamt um Depots, die auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt werden. Die gewaltigen Geldsummen, die zum Teil in fremden Wäluen bestanden, sollen fast ausschließlich ins Ausland, vornehmlich nach Holland, wo die Firma ihren Hauptsitz hat, gebracht worden sein.

Das Reichsfinanzministerium soll durch eine Anzeige in der vorigen Woche Kenntnis von den großen Kapitalverschiebungen erhalten haben. Am Sonnabend vergangener Woche wurde daher von der Staatsanwaltschaft in Verbindung mit den Beamten der Überwachungsstelle des Finanzministeriums eine Durchsuchung vorgenommen. Es wurden eine große Anzahl von Büchern und Aktenstücke beschlagnahmt. Der Leiter der Berliner Filiale, Grunert, war an diesem Tage nicht mehr in Berlin anwesend, er hatte bereits die Rückreise nach Holland angetreten. Man nimmt an, daß er von den gegen seine Firma beabsichtigten Maßnahmen vorzeitig Kenntnis bekommen hat. Obgleich sofort alle Maßnahmen getroffen wurden, um ihr festzunehmen, ist es ihm gelungen, die Grenze zu überschreiten.

Ueber die Namen der Kunden des Bankhauses wird von den beteiligten Stellen im Interesse der Untersuchung zunächst tiefschweigen bewahrt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß bei der Beantwortung der Interpellation im Reichstage aufsehenerregende Mitteilungen über die Persönlichkeiten, die in Geschäftsverbindung mit der Firma standen, gemacht werden.

Buchthaus für Schleichhändler und Preistreiber.

Der Reichsrat hielt gestern nachmittag 5 Uhr unter dem Vorsitz des Ministers Heine eine öffentliche Sitzung ab. Die Organisationspläne des Reichsministeriums wurden zur Kenntnis genommen. Ein Gesetzentwurf über ein Rechtspflegeabkommen zwischen dem deutschen Reich und der freien Stadt Danzig wurde ohne Aussprache debattelos angenommen. Zu dem Gesetzentwurf über die Verstärkung der Strafen für Schleichhandel, Preistreiber und verbotener Ausfuhr landwirtschaftlicher Gegenstände bemerkte der Berichterstatter des Ausschusses, daß man im Ausschusse keineswegs feindlich der Vorlage zugestimmt habe. Es hätten mancherlei Bedenken bestanden, und mehrere Änderungsanträge hätten vorgelegen. Aber schließlich habe man sich der Notlage, welche die Reichsregierung zur Einbringung des Entwurfs gezwungen hat, nicht verschließen können und ihm die grundsätzliche Zustimmung gegeben. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß bei Schleichhandel, vorzüglicher Preistreiber und bei verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen auf Zuchthausstrafe von 1 bis 15 Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 M. erkannt werden könne. Die Erhöhung der Geldstrafe auf 20 000 M. ist vom Ausschusse beschloffen worden. Nach dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn er durch Preistreiber aus Gewinnsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, wenn er es unternimmt, Vieh, Lebensmittel oder Futtermittel nach dem Auslande zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeschäften oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Neben der Zuchthausstrafe treten die üblichen Nebenstrafen ein. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig zu.

Die Reste der Wrangelarmee.

Wth. Konstantinopel, 17. Nov. Etwa 20 Schiffe, beladen mit Flüchtlingen und Kranken aus der Krim, sind hier eingetroffen. Die Kranken und Verwundeten, deren Zahl auf ungefähr 5000 geschätzt wird, dürfen landen. Die Franzosen errichteten Krankenhäuser für die Kranken und Verwundeten und Baracken für die Flüchtlinge. Man wisse noch nicht, wohin Wrangels Heer geschickt wird. Drei russische Kreuzer sind eingelaufen, andere Schiffe werden erwartet. Die russischen Organisationen, welche der Armee Wrangels nahe stehen, beschloffen, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen und Wrangel weiterhin als Führer in diesem Kampfe anzusehen.

Wth. London, 17. Nov. Schiffschier hat ein Telegramm an Lord Curzon gerichtet, in dem er sagt: Uns ist die Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, englische Schiffe zu benutzen, um Wrangels Heer aus der Krim wegzuführen. Unleugbar drückt die Teilnahme der britischen Marine an der Bewegung der Russen, die gegen Rußland gekämpft haben, eine feindliche Haltung der britischen Regierung gegenüber der russischen Sowjetregierung aus.

Wth. London, 18. Nov. Times melden aus Konstantinopel, daß dort 20 000 Soldaten der Armee Wrangels angekommen seien. Wie ein Augenzeuge, der bis zum letzten Augenblick bei Wrangel weilte, auslag, haben die Truppen Wrangels, besonders die Kavallerie, mit großem Heldentum gekämpft, so daß die Räumung vollzogen werden konnte, obwohl die Bolschewisten mit übermächtigen Kräften angriffen.

Wth. Kopenhagen, 19. Nov. (Sig. Draht.) Nach hier eingelaufenen Mitteilungen mobilisiert Sowjet-Rußland sämtliche wehrfähigen Männer bis zu 36 Jahren. In der Industrie sollen alle freizüglichen Männer durch Frauen ersetzt werden. Zwischen Moskau und Witebsk sind 15 neue Divisionen in Bildung begriffen.

Reichstag.

Nach einer kurzen Pause nahm der Reichstag am Donnerstag seine Arbeiten wieder auf. Das Haus war überraschend gut besucht. Auf den Regierungsbänken hatten zahlreiche Minister Platz genommen, nur der Reichskanzler, der eben erst von seiner Reise nach dem Rheinland zurückgekehrt ist, fehlte. Der Präsident machte Mitteilung von den Arbeiten des Wahlprüfungsgerichtes, das an die Stelle der Wahlprüfungskommission des alten Reichstages getreten ist. Früher fanden bei den Wahlprüfungen zahlreiche poli-

tische Geschäfte statt, die nunmehr unmöglich sind. Jetzt entscheiden über die Gültigkeit eines Mandats nicht die politischen Parteien, sondern unparteiische Richter, die unvoreingenommen ihres Amtes walten sollen. Als erstes Opfer ihrer Rechtsprechung muß der Sozialdemokrat Thabor von dem Reichshause Abschied nehmen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Interpellationen, zu deren Beantwortung die Regierung sich schon geäußert hatte. Die bedeutungsvolle Frage der Sozialisierung des Bergbaues wurde von den Sozialdemokraten angeschnitten. Der Reichswirtschaftsminister erklärte sich bereit, sogleich Rede und Antwort zu geben. Das Haus wird sich aber erst in einigen Tagen mit dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Angelegenheit befassen. Auch auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise wurde in einer Interpellation der Deutschen Volkspartei hingewiesen. Der Reichswirtschaftsminister wird darauf in Kürze eingehen. Kartoffeln war dann das Lösungswort. Stundenlang war von der Erzeugung, Verteilung und zweckmäßigen Verteilung der alten Knollenfrucht die Rede. Die internationale Kartoffelinterpellation war schon in einer früheren Sitzung begründet und vom Ernährungsmittelhermes beantwortet worden. Nunmehr nahmen die Vertreter der einzelnen Parteien zu dem Kartoffelproblem Stellung. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß die Kartoffelernte zufriedenstellend ist, daß wir deutlich mehr Kartoffeln haben als im Vorjahre, obwohl unsere einseitigen Kartoffelerzeugungsänderungen verloren gegangen sind. Der sozialdemokratische Redakteur Feldmann hielt eine scharfe Anklage gegen den Wucher jeglicher Art, der thüringische Landwirt Böhrich von der Deutschen Volkspartei gab sachkundig ein Bild der landwirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie wirklich sind. Er warnte vor jeder den Gleichmacherei und erklärte, daß die Landwirte allerorten ihre Pflicht tun. Das Zentrum schickte den Landwirt Blum aus der Rheinprovinz vor, der die sozialdemokratischen Unterbrechungen zurückwies. Der Demokrat Dietrich lehnte eine Klärung der Zwangswirtschaft rundweg ab. Ein heftiges Lied der Landwirtschaft war noch die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Schiele. Damit war die Kartoffelinterpellation erledigt.

Rundschau.

Preußenwahlen, Reichstagswahlen, Präsidentenwahlen. Der Wahltermin für die preussischen Landtagswahlen ist nunmehr durch den Beschluß des Reichstages festgelegt. Die Preussischen Landesversammlungen endgültig auf den 20. Februar 1921 festgelegt worden. An diesem Tage werden gleichzeitig, wie wir von gut unterrichteter Seite hören, die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein vorgenommen werden, die in diesen Provinzen noch ausstehen. Das Verlangen der Reichsparteien, die Reichswahlen zum Reichstage früher vorzunehmen, mußte abgelehnt werden, da es allgemein als unmöglich bezeichnet wurde, binnen weniger Wochen zwei Wahlen in den betr. Landesteilen vorzunehmen. Die Sozialdemokratie schien bis vor kurzem Neigung zu besitzen, mit den Preußenwahlen auch gleichzeitig allgemeine Reichstagswahlen zu erzwingen. Aber es scheint, daß sie nach den sächsischen Landtagswahlen diese Taktik nicht mehr für klug hält. Der Vorschlag, die Wahl des Reichspräsidenten mit den Preußenwahlen zu verbinden, erscheint uns unannehmbar. Das hieße, die Wahl des Reichspräsidenten des Deutschen Reiches dem Zufall preisgeben. Es kommt hinzu, daß die Parteien ohnedies Schwierigkeiten haben werden, bei einer Präsidentenwahl eine Einigung zustande zu bringen.

Vereinfachung der Verwaltung. Ueber die kürzlich vom Kabinett angekündigte Absicht des Reichsfinanzministers zur Vereinfachung der Reichsfinanzverwaltung erzählt die Volkszeitung von zuständiger Stelle, daß die Pläne vor der Vollendung stehen und in den nächsten Tagen dem Reichskabinett zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Umorganisation erstreckt sich auf das ganze Reich und wird hier und da zur Zusammenlegung einzelner Ressorts führen. Die Vereinfachung geschieht jedoch im Rahmen der wegen Uebergangs der Landesfinanzorganisationen auf das Reich geschaffenen Grundlagen.

Das preussische Kronabfindungs-Gesetz. In der weiteren Beratung des Kronabfindungsgesetzes im Reichsausschuß der Preussischen Landesversammlung wurde festgestellt, daß der Gesetzentwurf bereits einen Vergleich darstelle, der nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Ein Kompromiß, das auf Gewährung einer Rente hinausläufe,

ist also unmöglich. Im einzelnen wurden noch die Grundstücke durchgesprochen, auf die der frühere König Anspruch erhebt. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Ende der Freien Stadt. Nach einer Schweizer Meldung hat der Völkerbund beschloffen, Polen grundsätzlich das Mandat für die militärische Verteidigung Danzigs zu übertragen. Wenn diese Meldung zutrifft, dann kann man nur sagen, daß der Völkerbund sofort den Todesstoß erhalten müßte, wenn es bei dem Beschluß blieb, Polen die Militärgewalt über Danzig zu übertragen. Die Freie Stadt hat nur einen Feind: das ist Polen. Daselbst Polen, das gierig seine Hände nach Wilna, nach Weißrußland, nach der Ukraine, nach Oberschlesien, nach Mähren und überall dahin erstreckt, wo seine Grenzen liegen. Die Aufgabe des Völkerbundes hätte es sein müssen, Danzigs Schutz militärisch gegenüber polnischen Unternehmungen a la Zeligowski sicherzustellen. Anstatt dessen wird man jetzt in Danzig polnische Kasernen errichten und polnisches Militär dorthin legen. Die Befestigungen werden von polnischer Artillerie wahrscheinlich besetzt usw. Hat man wirklich innerhalb des Völkerbundes kein Gefühl dafür, wie schwer der Völkerbundgedanke durch einen solchen Beschluß geschädigt wird, ganz zu schweigen von dem ungeheuerlichen Stof, den der Reichsgedanke und das Selbstbestimmungsrecht dadurch erhalten.

Herford u. Minden-Ravensberg

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

19. November

Die evangel.-kirchlichen Gemeindevahlen.

Um vielfach aufgetretene und auch teilweise durch die Tagespresse verbreitete Unklarheiten zu beseitigen, werden uns von kirchlich interessierter Seite die folgenden, für Rheinland und Westfalen festgelegten Bestimmungen mitgeteilt:

Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen finden statt an einem der 3 Tage vom 5. bis 7. Februar 1921. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die am Wahltag das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, also nicht nur die Steuerzahler, sondern auch z. B. Hauskinder. Es muß daher eine Erweiterung der bisher üblich gewesenen Wählerlisten stattfinden:

1. Wo auf Grund persönlicher Anmeldung ausschließende Wählerlisten bestehen, sollen sie als Grundlage erhalten bleiben und nach den neuen Bestimmungen ergänzt werden.
2. Gemeinden mit allgemeinen Wählerlisten können diese durch Eintragung der gemäß Gesetz neu hinzukommenden Wähler ergänzen, oder sie können
3. ganz neue Listen gemäß §§ 4 und 7 des Gemeindewahlgesetzes anlegen.

Im Falle des Modus 1 und 2 trifft das Presbyterium die Entscheidung, dagegen hat wegen der Einrichtung zu 3 nur die größere Gemeindevertretung zu bestimmen.

Es ist daher Pflicht aller Gemeindeglieder, sich rechtzeitig zu erkundigen, welche Art Wählerliste in ihrem Bezirk zur Anwendung kommt. Die Wählerlisten nach Punkt 1 und 3 bedingen persönliche (schriftliche oder mündliche) Anmeldung der Wähler nach einem besonderen Vordruck, der für jede Art der Anmeldung verschieden und bei der örtlichen Kirchenverwaltung erhältlich ist. Werden für die schriftliche Anmeldung größere Mengen zur Verteilung gewünscht, so können sie von der Firma Trommsdorff u. Sohn, Berlin S.W., Wilhelmstraße 29, bezogen werden. Es empfiehlt sich, nach geschätzter Verteilung von Vordrucken die ausgefüllten Formulare wieder einzusammeln und bei der Kirchenverwaltung, bzw. bei dem Vorsitzenden abzuliefern. Der Anmeldestern zu den Wählerlisten nach System 1 und 3 beginnt am 27. November 1920 und endet am 11. Dezember 1920, die öffentliche Auslegung aller Wählerlisten hat zu erfolgen vom 25. Dezember 1920 bis 8. Januar 1921.

Dringend wünschenswert ist es, daß alle Wahlberech-

Im Schillingshof.

70) Roman von E. Marlitt.

„Lassen Sie mich!“ murmelte die Majorin fast drohend, und faßte die Stirn emporschauend, als Donna Mercedes ihr faßt die Hand auf die Schulter legte, um sie zu vermögen, sich aufzurichten. „Was geht das mich an? ... Was ist der Verlust des Erdenplunders gegen die Schmerzen, die ich leiden muß! — Oh! ... Fahren Sie fort!“ — Sie drückte die Augen wieder auf die Arme, und an den unterbrochenen Bericht der jungen Dame anknüpfend, sagte sie leiser: „Mein Sohn — mein armer Sohn, erhielt den Schutz in die Brust auf der Kirchschwelle seines brennenden Hauses.“

„Ja — und Jack rettete ihn und schleppte ihn auf dem Rücken in den nächsten Busch.“ — Und weiter erzählte Donna Mercedes, wie der Verwundete unter unaussprechlichen Mühsalen wochenlang durch verwüstetes Gebiet von treugebliebenen Schwarzen nach ihrer Befestigung Zamora transportiert worden war, weil er geschwächt hatte, bei Frau und Kindern zu sterben. Sie schilderte seine Schwäche nach der Mutter, sein heißes Verlangen, sie zu verschönern und seine Kinder unter ihren Schutz zu stellen.

Währenddessen war es draußen auf der Straße wieder vollkommen still geworden.

Hannchen war auf die Bitten der Kinder und einen zustimmenden Wink Donna Mercedes im Zimmer geblieben. Sie kannte neben Joses Fahrstuhl und brachte die Wideluppe der kleinen Paula in Ordnung.

Die verdüsterten Augen des kleinen Mädchens streiften mit feinfühligem Ausdruck wiederholt die tiefschwarze Frauengestalt in der Fensterecke. ... Damals war dieser Laden feil und unbewohnt gewesen, als ihr Vater, der unglückliche Mann, verzweiflungsvoll bittend an der Schwelle ihrer Küche gestanden — und sie hatte gemeint, mit einem Stückchen Kuchen, das sie gnädig seinem Kinde reichte, beschwichtige sie die wunde Seele des armen Bedienten. ... Ueber das verhasste Klostergut und seine hartherzigen und habgierigen Menschen brach jetzt die Strafe herein.

Und von der Frau weg fuhr plötzlich der Blick des Mädchens

aufblühend nach der Zimmerwand, an der sich die grüne Polsterbank hinzog. ... Sie erhob sich lautlos vom Boden, wie ein emporstehender Geist, das Schweißgefläch über der Brust starr ansehend, und der faul auf den Teppich hingestreckte Hund hob leise knurrend den Kopf von den Pfoten und schien die Ohren zu spitzen.

— Aber den Brief meines unglücklichen Bruders kann ich Ihnen leider nicht ausliefern — er ist mir hier, zu meinem Schmerz, nebst anderen wichtigen Familienpapieren einverwahrt worden,“ schlös Donna Mercedes, niedergeschlagen, mit finsterner Stimme ihre Mitteilungen dort in der Fensterecke, während sich die Majorin langsam emporrichtete.

„Siehst du die Staubwölken dort aufsteigen, Jose?“ flüsterte Hannchen in diesem Augenblick dem Knaben zu und zeigte mit dem ausgestreckten Arm nach der Wand. „Und hoch, wie es tappelt! — Jetzt kommt es wie taufende Finger an das Holz — hörst du’s?“ — Du denkst wohl, das sei ein Mensch? — Bewahre — die Mäuse sind es, die Mäuse! Die Leute sagen so, und das muß es wohl wahr sein!“

Und auf den Jehen, atemlos, und so rot im Gesicht, als stürme ihr das ganze jugendliche, hochwallende Blut nach dem Kopfe, trat sie der Wand näher, und Pirat erhob seine mächtige Gestalt und stellte sich knurrend und lauernd an ihre Seite, als wolle er sich im nächsten Augenblick mit gewaltigem Sprung auf das herantommende Rageritz stürzen. ...

34.

Die entsetzliche Katastrophe in den Kohlengruben hatte, wie schon erzählt, seit mehreren Tagen gekostet, und doch waren die Leute unbeirrt aus und ein gefahren; denn die verschriebenen Techniker von Auf, die der Gefahr vorbeugen sollten, wurden nunmehr jede Stunde erwartet.

Die Frauen der Grubenarbeiter waren gerade mit dem Mittagsgesetz für ihre Ehemänner durch das kleine Tal gegangen, als plötzlich ein dumpfes Dröhnen den Boden unter ihren Füßen erschütterte. Gleich darauf waren ein paar schreckensbleiche Männer aus den Gruben jutage gefahren, um das furchtbare Geschehnis zu verkünden. Sie hatten sich noch retten können; wie es um die anderen steh, deren angstvolles Hilferufen bis zu ihnen gedungen war, darüber hatten sie nichts zu sagen gewußt — nur die Tatsache, daß das Wasser als unermeßlicher Schwall drunten hervorströmte

und binnen kurzem alles eräufen müsse, war als das unumstößliche von ihrer schredeläutenden Zunge wiederholt hervorgekommen.

Was im ersten Augenblick an Ort und Stelle zur Rettung der Verunglückten getan werden konnte, war sehr wenig; der größte Teil der Arbeiter befand sich in den Gruben, kaum einige standen dem Zuspätkommen zur Verfügung; aber die Weiber rannten in Sturmeschreie, alarmierend und laut jammernd durch die Stadt nach dem Klostergut und drangen, umringt von einem immer stärker anwachsenden Menschenhaufen, bis in den Hausflur. ... Ein jeder suchte, in das sich das unwillige und drohende Gemurmel der mitgelaufenen Menschen mischte, halbe schauerlich von den alten Wänden wieder.

Man klopfte nicht, sondern schlug unter Flüchen und Drohungen mit beherzter Faust an die Tür der Antikstube, als der fahrlässige Grubenbesitzer nicht sofort erschien. Da flog drinnen der Riegel zurück und der Rat trat auf die Steinstufe hinaus — er war ganz feil im Gesicht vor Schreck und Bestürzung.

Zwanzig Recken zugleich schrien ihm die Unglücksbotschaft zu. Dem sonst so kalt beherrschten, finsternen Mann wankten plötzlich die Arme; er griff schwiegend nach seinem Hut und schritt sofort durch die Leute, die sich ihm anschlossen, ohne daß er Kraft und Geistesgegenwart gefunden hätte, ihre lärmende Begleitung mit strengen Worten zurückzuweisen. Seine Anrechte und Tagelöhner und die beherzte Stallmagd liefen auch mit.

Von diesem Auftritt im Hausflur hatte Mosje Zeit keine Ahnung. Er war von dem Birnbäum herabgeglittert; nachdem er auch den letzten Zipfel von „Lante Thereses“ Kleid hinter dem Gebälk der Gartentür in der Mauer gelaufen und hatte sie aufgeschlagen und verschlossen. Nun sah sich die Lante gezwungen, in der Rückenstürze, ohne Hut und Schal über die Promenade zu gehen, wenn sie auf das Klostergut zurückkehren wollte. —

Er hatte auch versucht, die bleichende Leinwand von den Pfosten zu nehmen und sie zusammengerollt im Gebüsch zu verstecken; aber für seine Hände waren die starken fleischigen Arme doch zu schwer — den Spieß mußte er sich verhasen lassen. Er biß daher die im Grabe liegenden Fräulein eine um die andere an und warf sie wieder hin, und griff schließlich zu einem an der Mauer lehrenden Blasrohr, um nach den Späken zu schreien.

(Fortsetzung folgt.)

Zeit keine Ab-
machdem er auch
er dem Gehilfen
noch offenstehen
sie zugeschlagen
in der Kichen-
zu gehen, wenn
von den Pfäl-
zu verstehen;
gen Wesen doch
Er biß dafür
andere an und
an der Mauer
en.
folgt).

h3. Der Tod in der Grube. Von schwerem Schicksal schlage wurde die Familie des Tischlers Wilhelm Schröder, Ahmnerstraße, betroffen. Sch. arbeitete seit einiger Zeit in einer Zechen in Ahlen. Am Dienstagabend ergelien die Angehörigen plötzlich die Nachricht, daß ihr Ernährer tödlich verunglückt sei. Auf der Zechen wurde das Förderseil zweier Förderkörbe, und die Körbe stürzten in die Tiefe. Außer der Ehefrau trauern fünf Kinder um den Vater. Ueber das Unglück, bei dem 14 brave Bergmänner ihr Leben lassen mußten, lesen wir im „Hamm-Westf. Anzeiger“ folgenden ausführlichen Bericht: Das schwarze Tod hat auf der benachbarten Zechen „Westfale“ am Dienstag vierzehn Opfer gefordert. Als kurz vor 6 Uhr abends nach Schluß der Tageschicht die Knappen ausfahren wollten, riß plötzlich im Schacht 2 das Förderseil, und beide Förderkörbe stürzten aus 150 Meter Höhe in den Abgrund. Einer der Körbe war mit 14 Bergleuten besetzt, die sämtlich in dem Sumpf der Schachtsohle ihren Tod fanden. Die Bergmännchen sind sofort aufgenommen worden, doch

Rothenusseln. In der Nacht zum 12. d. M. ist in der Zigarrenfabrik Blase hierelbst ein Einbruchdiebstahl verübt worden. Erst vor einigen Monaten wurden hier für mehrere tausend M. Zigarren gestohlen. — Entwendet sind neuerdings: 1 Ballen Tabak 156 Pfd. schwer, 1 angebrochener Ballen Deckblätter, circa 60 Pfd. schwer, 1150 Zigarren, 1150 Zigarillos und einige leere Kisten, denen scheinbar die Zigarren fortgeschafft sind. Aus allen Umständen ist zu schließen, daß es sich um Personen handelt, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut waren.

Hertzlichen Dienst für Nothfälle
haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 21. November:
San.-Rat Dr. Pape und Dr. Weinberg.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den
Inseratenteil verantwortlich G. Bese; beide in Gersford.

**das billigste
Geschenk!**

schwarz / gelb / brown / reifbraun Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz